



PROBLEMURSACHEN IM UKRAINE-KONFLIKT – Einschätzungen aus Teilnehmer-Sicht

Inhalt

I. Vorgeschichte	2
II. Beginn und Verlauf der Maidan-Revolution bis zur Krimkrise	2
III. Von der Krimkrise bis zur Gewalt in der Ostukraine – Der Konflikt mit Russland	3
IV. Das Verhalten Russlands als Ursache für den Konflikt.....	3
V. Die drei Ebenen des Konflikts	4
1. Einen innerukrainischen Konflikt, der spätestens seit der Orangen Revolution 2004 sichtbar ist, um die Ost- oder Westorientierung des Landes.	4
2. Der Konflikt zwischen der EU und Russland um wirtschaftliche Einflusszonen	6
2.1. Wirtschaftliche Situation der Ukraine	6
2.2. Gasstreit.....	6
2.2.1. Die Verhandlungen	7
2.3. Die EU-Interessen im Energiestreit	7
2.3.1. Weitere Kosten für die EU	8
2.4. Wirtschaftsmodelle der EU und Russland.....	9
3. Einen geopolitischen Konflikt zwischen den USA bzw. der NATO und Russland.....	9
VI. Die Rolle der USA	10
VII. Die Rolle Europas	11



Einleitung

Dem Ukraine-Konflikt liegt eine Vielzahl von Ursachen zugrunde, die in der Vergangenheit und in der Gegenwart zu finden sind. Dazu kommt, dass die unterschiedlichen, spezifischen Wahrnehmungen der Teilnehmer dieses Konflikts und daraus erwachsende Ängste eine scheinbar wichtigere Rolle für die Aktionen der Parteien einnehmen als die historische Wahrheit. Dieser Konflikt illustriert eine neue Art der Konfliktführung, in dem Informationen und Desinformationen bewusst eingesetzt werden, um Zweifel an den Darstellungen der verschiedenen Konfliktparteien zu streuen. Deshalb sollte zu Anfang versucht werden, eine grobe Chronologie der „Euro-Maidan“ genannten Proteste zu geben, ohne die das Verständnis der sich in einander verschränkenden Gründe schwierig ist. Zu Anfang sei auch erwähnt, dass der Begriff Euro-Maidan eine Bewegung für die Unterzeichnung des EU-Assoziierungsabkommens impliziert. Die „Revolution der Würde“, wie die Ereignisse in der Ukraine auch genannt werden, erscheint wiederum als eine Bewegung gegen das korrupte, repressive Regime Janukowytschs.

Die Aufgabe dieses Textes ist es nicht, eine wissenschaftliche Analyse des Ukraine-Konflikts abzuliefern. Wir versammeln hier die Einschätzungen der Thematik von deutschen Bürgern und in Deutschland lebenden Menschen mit ukrainischem oder russischem Hintergrund, ohne dabei einen Anspruch auf Repräsentativität zu erheben. Die unterschiedliche Detailtiefe bildet die mit einem Thema verbundenen Ängste oder die Wichtigkeit ab, die die Autoren dem Thema in ihrer eigenen Wahrnehmung zumessen. Dies entspricht nicht unbedingt der Wichtigkeit, die diese Themen für den Ablauf der Krise in der Realität hatten. Dieser Fakt und die im Entstehungsprozess dieses Papiers gemachten Erfahrungen zeigen einmal mehr, dass dem Ukraine-Konflikt eine vielschichtige Gemengelage zugrunde liegt, was die Darstellung und Erklärung der Ereignisse extrem schwierig macht.

I. Vorgeschichte

Die Geschichte des „Grenzlands“ (russisch für Ukraine) Ukraine ist voll mit Fragen nach ihrer Zugehörigkeit. Dies war auch während der Sowjetunion und vor allem nach ihrem Zerfall ein großes Problem.

Den Ursprung der aktuellen Kumulation im Ukraine-Konflikt kann man vielleicht auf den Beginn der Kooperationsgespräche der EU mit der Ukraine nach der Orangen Revolution 2004 ansetzen. Der Sieg des damaligen Oppositionsführers Wiktor Juschtschenko brachte einige demokratische und wirtschaftliche Reformen hervor, die die Ukraine aus Sicht der EU auf Kurs Richtung Westen brachten. Trotz der Skepsis Deutschlands und Frankreichs, die eine Verschlechterung der Beziehungen zu Russland fürchten, begannen 2007 Verhandlungen über ein „erweitertes Abkommen“ mit der Ukraine. Die Ukraine pocht auf eine EU-Beitrittsperspektive, doch die EU spricht sich dagegen aus



und bietet ihr 2008 stattdessen ein Assoziierungsabkommen an. Die besondere Verbundenheit der Ukraine mit der EU kommt in der Formulierung, sie sei ein „europäisches Land, das mit der EU eine Geschichte und gemeinsame Werte teilt“ zum Ausdruck. Bis 2010 sind 500 Mio. Euro Hilfsgelder für die Ukraine vorgesehen. Eine gemeinsame Freihandelszone und Visae erleichterungen für ukrainische Bürger werden angestrebt.

Die instabilen politischen Verhältnisse mit dem Zusammenbruch der Revolutionsregierung von Juschtschenko und der ersten Amtszeit des EU-skeptischen Wiktor Janukowytsch bringen zwar Verzögerungen im Assoziationsprozess, verhindern aber nicht die Aufnahme der Ukraine in die WTO 2008. Die EU und die Ukraine verhandeln weiter über das Assoziierungsabkommen und Visae erleichterungen¹.

In den folgenden Jahren erfolgen weitere Verzögerungen des Assoziierungsprozesses aufgrund von überzogenen Forderungen von Präsident Janukowytsch an die EU. Eine genauso wichtige Rolle spielen die innenpolitischen, antidemokratischen Handlungen der Regierung, darunter vor allem die Inhaftierung der ehemaligen Ministerpräsidentin und Oppositionsführerin Julija Tymoschenko und des Innenministers Juri Luzenko im Dezember 2011. Trotzdem wird der Assoziierungsprozess vorangetrieben. Luzenko wird im April 2013 entlassen, die EU nennt die Freilassung von Tymoschenko als eine der wichtigsten Bedingungen für die Unterzeichnung des Assoziierungsabkommens. Als die Verhandlungen einer EU-Beobachtermission zur Freilassung der Politiker nach 17 Monaten im November 2013 scheiterten, überschlugen sich die Ereignisse.

II. Beginn und Verlauf der Maidan-Revolution bis zur Krimkrise

Am 21. November 2013 begannen die Proteste auf „Maidan“ im Zentrum von Kiew mit der Ankündigung der ukrainischen Regierung, das Assoziierungsabkommen mit der Europäischen Union vorerst nicht unterzeichnen zu wollen. Die Proteste auf dem Maidan, dem Platz der ukrainischen Unabhängigkeit, die mit einigen tausend Demonstranten beginnen und sich innerhalb von drei Tagen auf Proteste mit 20 000 Demonstranten mit später bis zu 18 000 Gegendemonstranten ausweiten, treffen die politische Führung sowohl in der Ukraine als auch in der EU weitgehend unvorbereitet. Aus den Demonstrationen wird sehr schnell ein auf dem Kiewer Unabhängigkeitsplatz (Maidan) stattfindender Dauerprotest, mit Zelten, Suppenküche und einer Bühne für Ansprachen. Die angestaute Unzufriedenheit der Bevölkerung über das Ausbleiben von Reformen in den letzten 20 Jahren und über die auf allen Ebenen in der Regierung grassierende Korruption entlädt sich: Hauptthemen waren vor allem das Nicht-Stattfinden der EU-Assoziierung, die anhaltende Korruption, die nicht durchgeführten Reformen und die Forderung nach der Ablösung von Präsident Janukowytsch. Auch die Menschen, die nicht auf die Straße gingen, teilten in der Regel die Abneigung

¹ Die genauen Abläufe und Positionen können auf die der Bundeszentrale für politische Bildung eingesehen werden: <http://www.bpb.de/internationales/europa/ukraine/137814/chronik-des-assoziierungsabkommen>



gegen die Repression und Gewalt der Regierung, häufig waren sie aber dem Assoziierungsabkommen und den möglichen Wirkungen gegenüber kritisch eingestellt. Der harte Kern des Maidan setzte sich aus allen Kreisen der Gesellschaft zusammen, Menschen sowohl aus der Provinz als auch der Großstadt. Vor allem waren oppositionelle politische Parteien wie die Partei *UDAR* (ukr. Schlag) des bekannten Boxers Vitali Klitschko, die Partei *Batkivschtschyna* (ukr. Vaterland) der ehemaligen Ministerpräsidentin Julija Tymoschenko, die rechts-populistische *Swoboda* (ukr. Freiheit) unter Oleh Tjahnybok, sowie der rechtsextreme "Rechte Sektor" auf dem Maidan aktiv.

Die Gewalt beginnt gegen Ende des Monats, nachdem auf dem Gipfeltreffen der "Östlichen Partnerschaft" in Vilnius der EU-Assoziierungsvertrag nicht unterschrieben wurde.

Präsident Janukowytsch versucht mit einem Großaufgebot an Polizei und der paramilitärischen Spezialeinheit Berkut den Maidan zu räumen und scheitert. Die Demonstrationen werden im Gegenteil immer größer, die Gewaltbereitschaft auf beiden Seiten nimmt zu.

Das Ausland reagiert zunächst überrascht auf die Vorkommnisse in der Ukraine. Russland verurteilt die Demonstrationen als gewalttätig und von ukrainischen Faschisten und Nationalisten organisiert. Die EU reagiert recht zögerlich. Einerseits solidarisiert man sich mit den Demonstranten, verurteilt wiederholt die Gewalt durch Polizei und Berkut und ist laut EU-Erweiterungskommissar Štefan Füle bereit, weitere Kredite bei einer Unterzeichnung des Assoziierungsabkommens zu gewähren². Gleichzeitig schließt man sich aber nicht den Forderungen nach einem Rücktritt Janukowytschs an, da dies eine Einmischung in die inneren Angelegenheiten eines souveränen Staates darstellen würde. Ab Dezember besuchten verschiedene US-amerikanische, europäische und deutsche Politiker den Maidan, darunter Guido Westerwelle als deutscher Außenminister, Victoria Nuland, als Assistant Secretary of State im Dienst des US-Außenministeriums zuständig für Europa und Eurasien, und als Beauftragte für den Ukraine-Konflikt der USA eingesetzt, John McCain als US-Senator der Republikaner und Catherine Ashton als EU-Außenbeauftragte, die zwischen Präsident Janukowytsch und den Maidan-Demonstranten vermitteln wollten.

Im Januar beschließt das Parlament eine Verschärfung der Demonstrationsgesetze. Das Parlament stellte zudem Vermummungen auf Demonstrationen sowie Verleumdung und „extremistische Aufrufe“ im Internet unter Strafe. Die EU kritisiert die Gesetze scharf, ist aber erst nach Druck aus den USA bereit, über mögliche Sanktionen zu beraten. Ende Januar kommt es bei Straßenkämpfen auf der zum Parlament und Regierungsgebäude führenden Hruschewsky-Straße erstmals zu Todesopfern.

Dann besetzen Pro-Maidan Demonstranten auch Behörden in der Westukraine. Der Rechte Sektor droht Janukowytsch mit einem Revolutionstribunal.

² Eine genaue Chronologie mit den handelnden Personen den Seiten der Bundeszentrale für politische Bildung: <http://www.bpb.de/internationales/europa/ukraine/178036/chronik-11-dezember-2013-26-januar-2014>



Der Premierminister erklärt den Rücktritt der ukrainischen Regierung, die verschärften Demonstrationsgesetze werden wieder rückgängig gemacht.

Anfang Februar zitiert das amerikanische Magazin TIME Dmytro Jarosch vom Rechten Sektor, dass er zum bewaffneten Kampf bereit sei und seine Organisation auch über Schusswaffen verfüge.

Ab dem 18. Februar eskaliert erneut die Gewalt auf dem Maidan, es kommt zu tödlichen Schüssen auf Demonstranten und Polizisten, deren Verursacher bis heute nicht ermittelt wurden. Die Demonstranten und Polizei beschuldigten sich gegenseitig. Eine durchaus umstrittene Studie der Universität von Ottawa (Autor: Ivan Katchanovski) kommt zum Schluss, dass ein Teil der eingesetzten Schützen im Verantwortungsbereich der oppositionellen Kräfte operierten bzw. den oppositionellen Kräften zuzuordnen sind und diese gezielt auch auf Demonstranten schossen. Eine SPIEGEL-Recherche³ kommt zu dem Schluss, dass Maidan-Schützen am 20. Februar mit Schüssen auf die Polizei eine Eskalation in Gang bringen, die tödlichen Schüsse auf Maidan-Anhänger aber von Polizei- und Berkut-Einheiten abgegeben wurden.

Auch in westukrainischen Städten besetzen die Maidan-Aktivisten Regierungsgebäude und erbeuten Waffen.

Am 21. Februar 2014 unterzeichnet Präsident Janukowytsch unter Vermittlung der Außenminister von Deutschland und Polen und des russischen Beauftragten Wladimir Lukin mit den Oppositionsführern Jazenjuk, Klitschko und Tjahnybok einen Vertrag zur Beilegung der Krise und zu Neuwahlen bis zum Ende des Jahres 2014, den rechte Gruppen auf dem Maidan als Verrat bezeichnen. Janukowytsch flieht noch in der Nacht nach Charkiw (Ostukraine), verschwindet und taucht schließlich in Rostow am Don (Russland) wieder auf. Das Parlament setzt den Präsidenten ab. Zusammen mit Janukowytsch fliehen auch mehrere Parlamentsabgeordnete seiner Partei der Regionen und die Stadtregierung von Charkiw. Nach der Machtübernahme des Maidan über das Parlament verkünden die verbliebenen Parlamentsabgeordneten, Mitglieder der Polizei und des Innenministeriums, mit dem Maidan zusammen zu arbeiten.

Oleksandr Turtschynow von der Partei *Batkivschtschyna* wird Interimspräsident. Die EU erkennt ihn zwei Tage später an, die Assoziierung solle aber erst mit einer offiziell gewählten Regierung stattfinden. Wahlen werden für den 25.05.2014 angesetzt.

Nur einen Tag nach der Flucht und der Absetzung Janukowytschs beschließt das ukrainische Parlament die Aufhebung eines Gesetzes zur Gleichstellung der russischen Sprache als Amtssprache in Regionen mit mehr als 10 Prozent Anteil russischsprachiger Bevölkerung. Obwohl Übergangspräsident Turtschynow aufgrund des internationalen Drucks erklärt, dass er das

³ <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-131812904.html>



umstrittene Gesetz nicht unterschreiben wird, erfolgen massive Proteste der russischsprachigen Minderheit im ganzen Land.

III. Von der Krimkrise bis zur Gewalt in der Ostukraine – Der Konflikt mit Russland

Gleichzeitig beginnt die „Krimkrise“, die zur Annexion der Halbinsel durch Russland führt. Am 24. Februar erklärt der russische Premierminister Dmitrij Medwedew, dass russische Staatsbürger in der Ukraine bedroht werden. Auf der Krim tauchen bewaffnete "grüne Männchen" auf: Soldaten, die keine Abzeichen tragen, so dass eine klare Zuordnung zu einer Armee nicht möglich ist.

Sie besetzen wichtige strategische Punkte wie den Flughafen Simferopol und die Stadt Sewastopol, in der die russische Schwarzmeerflotte liegt. In den folgenden Tagen kommt es unter Ausschluss der Öffentlichkeit und unter Abschirmung durch diese Truppen zu einem Machtwechsel in der Regierung der Autonomen Republik Krim, Serhi Aksjonow wird zum Präsidenten ernannt. Zusammen mit Russland bestreitet diese neue, selbst nicht demokratisch legitimierte Regierung der Krim die Legitimität der Übergangsregierung in Kiew. Der Zugang für OSZE und internationale Journalisten auf die Halbinsel wird stark erschwert. Im Parlament der autonomen Republik Krim wird für Mai ein Referendum über den Beitritt der Krim zu Russland beschlossen. Laut der ukrainischen Verfassung kann jede Frage, die eine Änderung der Grenzen der Ukraine betrifft, allerdings ausschließlich in einem landesweiten Referendum, nicht lokal, beantwortet werden. Das Referendum wird auf den 16.03.2014 vorgezogen und geht mit 95% für den Beitritt zu Russland aus. International wird das Referendum nicht als legitim, sondern völkerrechtswidrig angesehen, weshalb man von Annexion spricht. Russland seinerseits erklärt das Referendum für gültig. Die russische Duma (Unterhaus des Parlaments) nimmt die Krim am 21. März in die Russische Föderation auf. Dies verletzt nicht nur die Charta von Paris (1990), die als das Abkommen zur Schaffung einer neuen friedlichen Ordnung in Europa nach der Wiedervereinigung Deutschlands gilt, sondern explizit auch das Budapester Memorandum von 1994. Dieses enthält eine Zusicherung Russlands, die Ukraine in ihren unabhängigen Grenzen anzuerkennen.

Vor diesen Hintergründen beginnen am 7. März Demonstrationen in Donezk, Mariupol, Charkiw und Luhansk, die später in Erstürmungen von Regionalverwaltungen und in gewaltsame Zusammenstöße münden. Die Kiewer Regierung versucht eine Doppelstrategie, indem sie einerseits separatistische Bestrebungen unter Strafe stellt, Demonstrationen zeitweilig verbietet und russisches Fernsehen in der Ukraine abschaltet, auf der anderen Seite aber auch mehr Dezentralisierung und mehr Autonomie für die östlichen Gebiete im Rahmen einer neuen Verfassung in Aussicht stellt. Nichtsdestotrotz beginnen Mitte April die ersten Kampfhandlungen im Osten der Ukraine. Russland wird später wiederholt beschuldigt, schweres Militärgerät und Truppen über die Grenzen in die Ukraine zu schmuggeln. Die EU entscheidet sich am 6. März zu ihren ersten Sanktionen gegen



Russland, die zunächst die geplanten Verhandlungen um Visa-Erleichterungen für Russland aussetzen. Wegen der Annexion der Krim werden für Entscheidungsträger aus Russland und der Krim Einreisebeschränkungen verhängt und Kontozugänge gesperrt. Im Verlauf der weiter eskalierenden Kampfhandlungen verschärft die EU ihre Sanktionen immer weiter, bis zu Wirtschafts- und Finanzmarktsanktionen nach dem Abschuss der malaysischen Passagiermaschine MH-17 über der Ostukraine im Juli 2014. Die Sanktionen werden allerdings sowohl von der Ukraine als auch von den USA als zu schwach kritisiert. Nachdem die erste Waffenruhe nach nur neun Tagen am 30. Juli aufgrund von Verstößen auf beiden Seiten scheitert und die Kampfhandlungen immer weiter eskalieren, kann man sich schließlich Anfang September unter Vermittlung des deutschen Kanzlerin Angela Merkel und des französischen Präsidenten François Hollande auf das Protokoll von Minsk einigen. Dieses beendet zwar nicht die Kampfhandlungen, friert aber tatsächlich den Frontverlauf ein. Dennoch gibt es nachts Feuergefechte, obwohl die OSZE⁴ eine Beobachtermission vor Ort einrichtet. Im Februar 2015 wurde das Minsker Maßnahmenpaket mit 13 Punkten⁵, darunter dem Abzug schwerer Waffen und fremder Truppen sowie einer teilweisen Autonomie für die ostukrainischen Regionen, beschlossen. Es ist aber bis heute, fast ein Jahr nach der Unterzeichnung, nicht vollständig umgesetzt worden⁶. So steht zum Beispiel eine Dezentralisierung, für die wiederum eine Verfassungsänderung in der Ukraine notwendig ist, noch aus. Es finden regelmäßig Verhandlungen im sogenannten Normandie-Format (Ukraine, Russland, Deutschland, Frankreich) statt, um die Umsetzung voranzutreiben.

IV. Das Verhalten Russlands als Ursache für den Konflikt

Ein wichtiger Grund für die Eskalation des Konflikts ist die Positionierung Russlands, auch im Vorfeld des kriegerischen Konfliktes. Dies schlägt sich anfangs besonders in wirtschaftlichen Fragen nieder:

Bereits 2010 startet Russland zusammen mit den ehemaligen Sowjetrepubliken Kasachstan und Belarus sein eigenes Integrations-Projekt einer eurasischen Zollunion. Diese Eurasische Zollunion ist ein klarer Schritt Russlands, sich als Alternative zu einer Partnerschaft mit der EU zu etablieren. Zwar verspricht die Zollunion weit weniger Vergünstigungen, allerdings stellt sie auch weit weniger Auflagen an die Mitgliedsstaaten. Trotz der wiederholten Bekundungen der EU, kein geopolitisches Machtspiel zu wollen, wird die Situation zu einem geopolitischen Tauziehen zwischen Russland und der EU entscheiden sollen, da die Partnerländer sich de facto für eine der beiden Optionen, EU-Partnerschaft oder Zollunion entscheiden müssen. Bestimmte Klauseln der Zollunion sind nicht mit

⁴ Alle Informationen zu den Aktivitäten der OSZE in der Ukraine und alle Berichte:

<http://www.osce.org/ukraine-smm>

⁵ <http://www.elysee.fr/assets/Uploads/Package-of-Measures-for-the-Implementation-of-the-Minsk-Agreements.pdf>

⁶ <https://www.bundesregierung.de/Content/DE/Artikel/2015/03/2015-03-01-ukraine.html>



dem Freihandelsabkommen vereinbar. Hier hätte man allerdings in Gesprächen und Verhandlungen bevor die Situation sich zuspitzte, alternative Lösungen finden können.

Russland bietet der Ukraine an, als Alternative zur EU-Assoziierung in die Zollunion einzutreten. Gleichzeitig stellte sie weitreichende Anreize in Aussicht. Für Kiew werden im Januar 2014 über 10 Milliarden Euro Kredit sowie die Eliminierung von Handelssanktionen und billige Gaspreise in Aussicht gestellt. Russland kann durch die Kontrolle von Gas- und Ölpreisen die ukrainische Regierung massiv unter Druck setzen. Gleichzeitig verfügt die Ukraine mit ihrem Gasleitungssystem, durch das Russland Gas auch nach Europa liefert und dafür Transitgebühren an die Ukraine zahlt, über ein Druckmittel auf Russland.

Im Falle einer EU-Assoziierung droht Russland damit, die Zollfreiheit für Waren aus der Ukraine in die Mitgliedsstaaten der neu gegründeten Eurasischen Wirtschaftsunion zu beenden, was im Januar 2016 schließlich eingetreten ist. Damit möchte Russland seinen Markt vor den, dann durch Assoziierung zollfreien, EU-Produkten schützen.

Zusätzlich kündigt es an, für Gaslieferungen an die Ukraine auf Vorkasse umzustellen. Die Ukraine, die beim staatlichen russischen Gaslieferanten Gazprom bereits hoch verschuldet ist, müsste mit einem kompletten Stopp der Gaslieferungen rechnen. Dieses hätte in Anbetracht der ukrainischen Abhängigkeit von russischen Energieträgern katastrophale Folgen haben können. Russland setzt die Ukraine (und auch andere osteuropäischen Länder) unter Druck, um ihnen deutlich zu machen, dass ein Beitritt beziehungsweise eine Partnerschaft mit der EU für Russland nicht zu akzeptieren sei.

Russland ist zwar der WTO beigetreten, pflegt aber weiterhin protektionistische Wirtschaftsinteressen, die sich mit einem offenen, auf Freihandel basierenden westlichen Wirtschaftssystem schlecht vereinbaren lassen. Es scheint zu fürchten, dass durch eine Öffnung der russischen Wirtschaft die Kontrolle des Staates und der Oligarchen über die nationale Wirtschaft schwinden und der Einfluss ausländischer Investoren, Finanzmarktakteure und internationaler Regelwerke zunehmen würde.

Russland empfindet sowohl die EU-Osterweiterung, die erst einmal abgeschlossen erscheint, als auch die europäische Nachbarschaftspolitik (ENP) - explizit kein Erweiterungsinstrument für die EU – als herben Machtverlust auf ideologischer, wirtschaftlicher und militärischer Ebene gegenüber seinen Nachbarstaaten.

Russland fühlt sich von der Präsenz des „Westens“ an seinen Grenzen bedroht und möchte mehr Einfluss auf die ehemaligen Mitglieds- und Satellitenstaaten der Sowjetunion ausüben.

Daraus ergibt sich eine Reihe von komplexen, vielschichtigen Gründen für den Ausbruch und vor allem das Andauern dieses Konflikts.



V. Die drei Ebenen des Konflikts

Man kann drei Ebenen des Ukraine-Konflikts identifizieren:

1. Ein innerukrainischer Konflikt, der spätestens seit der Orangen Revolution 2004 sichtbar ist, um die Ost- oder Westorientierung des Landes.

Der innerukrainische Konflikt selbst ist vielschichtig, oft werden als Teil der Begründung die unterschiedlichen historischen Zugehörigkeiten der Ost- und Westukraine angeführt. Das heutige ukrainische Staatsgebiet in seiner Geschichte sehr viele unterschiedliche Herrscher in seinen verschiedenen Landesteilen erlebt hat. Die westlichen Gebiete gehörten z.B. zu Litauen-Polen, dann zum Habsburgerreich Österreich-Ungarn, der Osten war im Süden z.B. unter osmanischer und sonst russischer Herrschaft.

Zum Erfahrungsschatz gehört auch die historische Erfahrung der Ukrainer, mit der Umsiedlung von Russen in den Südosten der Ukraine nach der Hungersnot von 1932-1933. Russland und die Ukraine streiten um die Anerkennung des sogenannten „Holodomor“ (ukr., wörtlich übersetzt: „Tötung durch Hunger“) als Genozid an den ukrainischen Bauern, der durch Stalins Politik absichtlich herbeigeführt wurde.

In der Wahrnehmung vieler Ukrainer heute hatte die Innenpolitik der Sowjetunion zum Ziel, die ukrainische Sprache zurück zu drängen und eine russische dominierte sowjetische Identität zu fördern.

Manche junge Ukrainer empfinden heute außerdem, dass viele Politiker noch mit einer Sozialisierung des Kalten Krieges versuchen, Entscheidungen zu treffen. Sie teilen die Welt in Ost und West, es gibt Schwarz und Weiß, kein Grau. Auch für die Jüngeren ist es so: viele von denen, die auf dem Maidan standen, finden, man soll zwischen Europa oder Russland wählen. Die Deutschen dieser Generation sind auch im Kalten Krieg aufgewachsen, haben aber miterlebt, wie die EU entstanden ist: Der dominante Diskurs war der der Zusammenarbeit, der Verhandlungen und des Übereinkommens.

Diese jungen Ukrainer sind momentan enttäuscht, sie haben teilweise den Glauben an den Staat verloren, denn er tut nichts, um den Krieg zu stoppen, und agiert nach wie vor nicht entschieden genug in der Umsetzung von Reformen. Im Gegenteil, Bürger sind tiefgreifend vom Staat enttäuscht, sie haben den Eindruck, dass der Staat mehr und mehr Geld in seinen Kriegsaufwand steckt und es gleichzeitig nicht schafft, die eigenen Wahlversprechen umzusetzen und die Korruption effektiv zu bekämpfen.

Dennoch kann man beobachten, dass die Ukrainer hinter den Freiwilligen, die ihr Leben für das Land geben, stehen. Der Krieg stärkt den Zusammenhalt der prowestlichen Kräfte innerhalb der Ukraine.



Dennoch sind viele Bürger der Meinung, dass die Minsker Abkommen ein Blatt Papier, dessen Forderungen niemals umgesetzt werden können, sind. Die Separatisten-Kämpfer im Osten des Landes benutzen Waffen, die eigentlich abgezogen werden hätten sollen und vor der OSZE versteckt werden. Jeden Tag stirbt ein ukrainischer Soldat oder mehrere, und die Regierung gibt keine Information, wie viele schon getötet worden sind. Das alles macht die Ukrainer skeptisch und ärgerlich. Je mehr der Staat die Freiwilligen in ihrer Wahrnehmung an ihrer Arbeit hindert, und innenpolitisch ungerecht handelt, desto skeptischer und ärgerlicher werden die Ukrainer.

Der Wunsch der lokalen Eliten ist, die Kontrolle über die Bodenschätze und administrative Ressourcen der Ukraine zu behalten und der Zentralregierung keine Chance zu geben, das Geschehen in den Regionen zu beeinflussen. Die Oligarchen wollen ihren Einfluss und ihre Güter in der Ukraine behalten. Bestimmte Mitglieder des Staatsapparats wollen weiterhin ihre Einnahmen aus der Korruption erhalten. Dies ist ein Schlüsselproblem, das tief im ukrainischen System verwurzelt ist. Nach einer neuen Umfrage des Kiewer Internationalen Instituts für Soziologie geben 66,6% der befragten ukrainischen Bürger an⁷, dass „Bestechung ein integraler Bestandteil der ukrainischen Mentalität“ sei. Deshalb sind Reformen und Privatisierungen besonders schwierig umzusetzen und können nur mit radikalen personellen Erneuerungen durchgeführt werden. Ein Beispiel für das Gelingen dieses Prozesses ist der Umbau des staatlichen Gaskonzerns Naftogas.

Dazu passt, dass es einer weitverbreiteten, konstruktiven Kultur der Diskussion mangelt, wie die sich wiederholenden Handgreiflichkeiten im Parlament unschön illustrieren. Das macht die Umsetzung von Reformen, Privatisierungen und im Speziellen der Auflagen der Minsker Vereinbarungen besonders schwierig. Vor allem in der Frage der Dezentralisierung ist dieser Spagat zu beobachten. Das Ziel der ukrainischen Politik sollte sein, dass die Ukraine endlich von einem Objekt der internationalen Politik zu einem Subjekt wird und Entscheidungen im Interesse ihrer Bevölkerung, nicht einer kleinen Elite, trifft. Dafür müssen sehr schmerzvolle, mutige Entscheidungen getroffen werden. Manche ukrainische Stimmen verlangen zum Beispiel, in Frage zu stellen, ob die Ostukraine wirklich noch ukrainisch genannt werden kann. Wenn nicht, bedeutet das aber, dass auch Renten und andere soziale Leistungen dorthin nicht mehr überwiesen werden sollten. Auch diese Diskussion scheiden sich in der Ukraine die Geister, ihre Lösung kann kaum in einem Satz zusammengefasst werden und wird noch lange dauern. Dadurch würden nach ihrer Ansicht neue Ressourcen zur Modernisierung des Landes verfügbar.

⁷http://uniter.org.ua/upload/files/PDF_files/Anticorr-survey-2015/CorruptionFULL_2015_Eng_for%20public.pdf



2. Der Konflikt zwischen der EU und Russland um wirtschaftliche Einflusszonen

2. 1. Wirtschaftliche Situation der Ukraine

Die wirtschaftliche Situation der Ukraine ist, gelinde gesagt, fatal. Das war sie bereits vor dem Beginn der Revolution und dem darauf folgenden Bürgerkrieg Anfang 2014.

Dabei hatte das ehemals als Kornkammer des Ostens bezeichnete Land Anfang des neuen Jahrtausends noch hohe Wachstumsraten zu verzeichnen und galt als eines der wachstumsstärksten Länder in ganz Europa. Noch bis ins Jahr 2007 konnten stabile Wachstumsraten von 7 Prozent erreicht werden. Doch die internationale Finanzkrise traf das Land hart und brachte die seit Jahrzehnten schwelenden Probleme wie überbordende Korruption, Reformunwilligkeit und eine überalternde Demographie zum Vorschein. Das Krisenjahr 2009 ließ die Wirtschaft um 14 Prozent abstürzen und obwohl die Ukraine sich in den Folgejahren zunächst erholen konnte, stagnierte die Wirtschaft in den Jahren 2012 und 2013 bei praktisch 0 Prozent Wachstum.

Die aktuelle Krise war der letzte Stoß ins Herz der ukrainischen Wirtschaft. Die Summe des Bruttoinlandsprodukts schrumpfte 2014 und 2015 um knapp 15 Prozent und der Bankensektor brach praktisch völlig in sich zusammen.

Gekoppelt mit einer Staatsverschuldung von fast 70 Prozent der Wirtschaftsleistung führte dies zu einer enormen Abwertung der Landeswährung Griwna. Die Inflation beträgt um die 25 Prozent und das Land steht Mitte 2014 fast vor der Zahlungsunfähigkeit. Die ukrainische Regierung hatte Ende 2014 kaum noch Devisen zur Verfügung (maximal etwa 12 Mrd. Dollar), um Importe in das Land finanzieren zu können. Gleichzeitig wurde der Kapitalverkehr eingeschränkt, um eine weitere Abwertung der Hrywnja zu verhindern. Dies schädigt aber wiederum den ohnehin am Boden liegenden Finanzmarkt.

Einer der Gründe für den Einbruch ist, dass seit dem Beginn des Krieges mit dem Verlust der Gebiete des Donbass eine der wirtschaftlichsten stärksten Regionen wegfiel. Dies ist auch ein Grund dafür, dass die ukrainische Regierung die Gebiete um Luhansk und Donezk, die bis zu 16 Prozent Anteil am jährlichen Bruttoinlandsprodukt haben, nicht aufgeben will. Auf der anderen Seite lebten diese Gebiete, die zwar wichtige, aber auch veraltete Wirtschaftsinfrastruktur, vor allem im Tagebau beherbergen, immer auch von staatlichen Subventionen.

Der zweite große Faktor in der wirtschaftlichen Krise ist die große Abhängigkeit der Ukraine von Russland. Sowohl im Bereich der Energieversorgung als auch durch Handel und Investitionen ist die Ukraine und die geographische und historische Verbundenheit der Märkte auf eine Zusammenarbeit mit Russland angewiesen.



Als der russische Präsident Putin Ende 2013, als Reaktion auf die geplante Unterzeichnung des Assoziierungsabkommens, die Rückzahlung von ausstehenden Zahlungen für russisches Gas einforderte und den Gaspreis rapide anhub, war damit der wirtschaftliche Zusammenbruch für die Ukraine vorgezeichnet. Gleichzeitig bedeutete dies auch eine Warnung an Europa, denn russisches Gas und die Ukraine als Transitland sind enorm wichtig für die EU. Um dies nachvollziehen zu können, muss man den Gasstreit zwischen Russland und der Ukraine näher beleuchten.

2.2. Gasstreit

Russische Pipelines transportieren seit der Zeit der Sowjetunion russisches Gas in die Nachbarländer und seit 1968 auch in die EU (Österreich). Vor allem Tschechien, Österreich, Slowakei, Moldawien und Italien profitieren vom russischen Gas, das durch die Ukraine transportiert wird. Deutschland nimmt hier eine Sonderrolle ein, da es durch eine separate Pipeline durch die Nordsee seit 2011 direkt mit Russland verbunden ist.

Die Ukraine ist dabei selbst Abnehmer des russischen Gases, da die eigene Gasproduktion den Bedarf des Landes nicht decken kann.

Seit der Entstehung des russisch-europäischen Gasgeschäfts nach dem Zerfall der Sowjetunion war die Ukraine Mittelpunkt zahlreicher Konflikte. In der Vergangenheit nutzte die Ukraine ihre Rolle als Transitland, um Zahlungsaussetzungen zu erwirken, und zweigte illegal Gas von Lieferungen in andere Staaten für die Eigennutzung ab. Auch der Stopp der Lieferung in andere Länder stellt dabei eine realistische Gefahr für die Anrainerstaaten dar.

Der Streit im Jahr 2014-2015 dreht sich um den Vertrag, der nach dem letzten Gaskonflikt 2009 unter Premierministerin Julija Tymoschenko geschlossen wurde. Der Vertrag mit einer Laufzeit bis 2019 beinhaltet ungewöhnlich ungünstige Konditionen für die Ukraine, bezüglich Gaspreis und Transitgebühren. Diese versucht daher seit Jahren einen neuen Vertrag auszuhandeln. Die EU unterstützt sie dabei, während Russland den alten Vertrag durchsetzen will.

Der alte Vertrag beinhaltet:

- Einen Gaspreis weit über EU-Durchschnittsniveau von 486 USD pro 1000m³
- Eine hohe Verteuerungsrate des Gaspreises
- Geringe Transitgebühren für den Gastransport durch die Ukraine, was einen Ausgleich des steigenden Gaspreises durch die Transitgebühren unmöglich macht.
- Eine "Take or Pay"-Regel („Nimm oder zahle“). Der Käufer verpflichtet sich, mindestens 80 Prozent der vertraglichen Menge zu bezahlen, auch wenn das Gas nicht benötigt wird.
- Vorauszahlungszwang

Die harten Konditionen in Folge der Inkraftsetzung des Vertrages wurden allerdings bis zu der Maidan-Revolution kaum durchgesetzt. Der enge Vertrag fungierte für die russische Regierung größtenteils als Druckmittel, um die ukrainische Regierung für außenpolitisches Entgegenkommen mit Vergünstigungen zu belohnen. Präsident Wiktor Janukowytsch wurde bereits 2010 ein Rabatt von



100 USD auf 1000 m³ Gas gewährt und die Take-or-Pay-Regel sowie die Vorauszahlungsklausel ignoriert, als Entgegenkommen für die Unterzeichnung des Vertrages zur fortgesetzten Stationierung der Schwarzmeerflotte in Sewastopol.

Vor Unterzeichnung des Assoziierungsvertrages mit der EU wurde die Rücknahme der gewährten Vergünstigungen angedroht, was maßgeblich für Janukowytschs Rückzug von den Verhandlungen verantwortlich sein dürfte. Nachdem Janukowytsch sich dem Druck gebeugt und das Assoziierungsabkommen mit der EU nicht unterschrieben hatte, folgte als Belohnung aus dem Kreml eine Reduzierung des Gaspreises um ein Drittel, auf 269 USD pro 1000 m³, sowie das Versprechen auf ein umfassendes Kreditpaket, das die Verluste durch das Aufkündigen des Assoziierungsabkommens ausgleichen sollte.

Nach der Maidan-Revolution setzte Russland die Vergünstigungen tatsächlich wieder aus. Der Gaspreis schnellte auf 486 USD und Russland forderte die Schulden aus der zuvor ignorierten Take-or-Pay-Regel in Höhe von 18,6 Mrd. USD ein.

2.2.1. Die Verhandlungen

Am 2. Mai 2014 startet die erste Runde der trilateralen Verhandlungen zwischen der Ukraine und Russland mit der EU als vermittelnder dritter Partei. Die EU unterstützt dabei die Forderung der Ukraine nach der Angleichung des Gaspreises an ein Durchschnittsniveau der EU-Staaten.

Die Interessen der EU in diesem Konflikt teilen sich auf mehrere Themengebiete auf.

- Die Beendigung des Gaskonflikts zwischen der Ukraine und Russland ist ein notwendiger Teil zur Beendigung des Russland-Ukraine-Konflikts insgesamt.
- Der Konflikt gefährdet die Energieversorgung von EU-Ländern, die Gas durch die Ukraine erhalten. Bei einem Gaslieferungsstopp droht die Ukraine, Gaslieferungen von Gazprom durch ihr Gebiet an andere Länder für ihren eigenen Bedarf zu nutzen.
- Die EU will die Marktmacht Gazproms ohnehin seit Jahren brechen.
- Die Ukraine könnte Kunde von EU-Gaslieferanten werden (RWE, Ungarn etc.)

Ende 2014 konnte letztendlich mit dem sogenannten „Winterpaket“ eine zeitlich begrenzte Einigung gefunden werden, um die Gasversorgung der Ukraine im Winter 2014/15 zu sichern. Seitdem schwelt der Konflikt weiter und die Verhandlungen werden weitergeführt. Die EU fungiert dabei als Kreditgeber, um die ukrainischen Schulden zu zahlen, die die Ukraine nicht selbst begleichen kann.

2.3. Die EU-Interessen im Energiestreit

Da der europäische Markt extrem zersplittert ist, streben einige Länder eine Energieunion an, um bei Preisverhandlungen nicht mehr von Gazprom abzuhängen. Dies könnte den Gaspreis langfristig reduzieren. Eine Energieunion verstößt allerdings gegen das Wettbewerbsrecht der EU und stößt vor



allein bei der deutschen Regierung auf Ablehnung. Ein weiterer Grund für Gazproms Einfluss ist der Besitz von Gaspipelines in EU-Staaten. Laut der EU verstößt der Besitz von Pipelines durch einen Energielieferanten gegen Wettbewerbsrecht. Die EU verlangt von Gazprom, wenigstens 50 Prozent der Kapazitäten der Pipelines öffentlich auszuschreiben, um auch anderen Anbietern die Möglichkeit zu bieten, über diese Pipelines Gas zu transportieren.

Der beabsichtigte Bau der South-Stream-Linie wurde dabei zu einem Druckmittel auf beiden Seiten. Diese neue Pipeline sollte die Ukraine umgehen und Russland durch das Schwarze Meer direkt mit der EU bzw. mit Bulgarien als Empfangsland verbinden.

Für die Ukraine bedeutet South Stream die Gefahr, als Transitland vollkommen überflüssig zu werden und Milliarden an Transitgebühren zu verlieren. Die EU und Russland erhalten dagegen Unabhängigkeit von der Ukraine.

Nachdem die Verhandlungen zunächst positiv verliefen, eine Fristverschiebung erreicht und 800 Mio. USD an Gazprom zurückgezahlt wurden, eskalierte der Streit am 16. Juni und Gazprom stellte die Gaslieferungen in die Ukraine ein. Daraufhin wurde die bulgarische Regierung von der EU-Kommission um Energie-Kommissar Günther Oettinger angewiesen⁸, den Bau der Gaspipeline zu stoppen, was allerdings unter anderem Protest aus Serbien, Ungarn und Bulgarien laut werden ließ.

Russland erklärt am 2. Dezember das Projekt für beendet und sieht dabei die Schuld bei der EU, obwohl Experten darauf hinweisen, dass wiederholte technische Probleme und erwartete Kostensteigerungen auch einen Anteil an der Entscheidung gehabt haben dürften. Obwohl das Projekt offiziell als gescheitert gilt, wurde von Bulgariens Präsident erklärt, dass die Arbeiten am Netz weitergehen würden und auch Kommissionspräsident Juncker bestätigte, dass das Projekt nicht vom Tisch sei.

Es scheint, dass der Streit um South Stream als Druckmittel auf beiden Seiten in der Ukraine-Krise verwendet wurde, daraus aber kein eindeutiger Sieger hervorging. Beide Seiten haben ein berechtigtes Interesse an dem Bau einer Pipeline in der Region, allerdings auch gute Gründe, sie nicht zu bauen. In der Krise stellte sich die EU klar auf die Seite der Ukraine. Der Grund könnte sein, dass man die wirtschaftliche Lage der Ukraine durch einen Verlust des Transitgeschäfts nicht noch verschlimmern wollte und man darüber hinaus durch South Stream auch die Marktdominanz von Gazprom verstärkt hätte.

Ein Vorteil aus Sicht der EU und auch der Ukraine ist, dass Russland bzw. Gazprom massiv an Einfluss im Gasgeschäft verlieren. Durch die Rückendeckung der EU könnte die Ukraine höhere Transitgebühren für russisches Gas verlangen und somit wenigstens eine stabile Einkommensquelle schaffen. Das funktioniert allerdings nur, wenn die Gasversorgung der Ukraine von anderer Seite

⁸<http://www.wiwo.de/unternehmen/energie/streit-um-south-stream-eine-pipeline-als-politische-waffe/10625692-all.html>



gesichert ist. Heute exportieren und importieren bereits viele europäische Firmen wie E.On oder RWE Gas in die Ukraine.

2.3.1. Weitere Kosten für die EU

Neben den Krediten für die Gasschulden und die fortgesetzte Belieferung mit Gas benötigt die Ukraine eine massive finanzielle Unterstützung, um die Finanzkrise wirksam zu bekämpfen, Reformen umzusetzen und die Schäden des Krieges reparieren zu können. Da Russland als bisheriger Kreditgeber ausfällt, bleiben noch die EU, die Weltbank und der IWF als Unterstützer für das Land.

Vom IWF wurden 2014 bereits 17 Milliarden Dollar aufgebracht. Die Auszahlung erfolgt in an Bedingungen (Reformen) gekoppelten Tranchen. Diese Kredite wurden im Jahr 2015 aber bereits verdoppelt und immer weiter aufgestockt.

Die EU bewilligte 2014 ein „SUPPORT PACKAGE FOR UKRAINE“, das in den kommenden Jahren 11 Milliarden Euro an das Land vergeben will. Dazu kommen andere Darlehen und Zahlungen, zum Beispiel aus Deutschland, das der Ukraine Anfang 2015 Kreditgarantien von ca. 500 Millionen Euro zusicherte. Es liegt allerdings auf der Hand, dass dies wohl nicht reichen wird und weitere Kredite aufgebracht werden müssen. Schon 2014 kommen aus der Ukraine immer wieder Rufe, dass die Geldmittel nicht ausreichen. Transformationsexperten schätzen, dass in den nächsten Jahren Investitionen in der Größenordnung von 200 Milliarden in öffentliche und private Projekte notwendig sein werden⁹, um die Ukraine wieder auf einen Kurs wirtschaftlicher Stabilität zu bringen. Langfristig fordert die Ukraine, ähnlich wie Griechenland, einen Bailout, einen Schuldenschnitt um 40 Prozent der Staatsverschuldung, da die bestehenden und geplanten Kredite realistisch nie zurückgezahlt werden können.

Der Aufbau der Ukraine ist ein teures Unterfangen. Dazu kommen die wirtschaftlichen Schäden durch ukrainische Sanktionen gegen Russland, die von der EU gegenüber Russland verhängten Sanktionen und die von Russland verhängten Gegensanktionen. Der Vertrauensverlust auf beiden Seiten wird die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den beiden Mächten über Jahre schädigen.

Die Ukraine gilt als Warnung an andere osteuropäische Länder, was passiert, wenn sich ein Land gegen Russland stellt. Auf der anderen Seite hat auch Russland hart mit den wirtschaftlichen Folgen der Sanktionen und der eingefrorenen Wirtschaftsbeziehungen zu kämpfen. Russland ist auf die EU wirtschaftlich mehr angewiesen als umgekehrt.

Das oft in der EU geäußerte Credo „Wirtschaftliche Beziehungen schaffen Frieden“ wurde in dieser Krise widerlegt. Die zwei wirtschaftlich extrem verflochtenen und voneinander abhängigen Großmächte setzten ihre wirtschaftliche Zukunft in einem Kampf um Deutungshoheit und Einfluss aufs Spiel.

⁹ <http://www.laender-analysen.de/ukraine/pdf/UkraineAnalysen142.pdf>, Seite 3. Zugriff 26.11.2015



Um die Motivation beider Seiten zu verstehen, muss man daher die auch ideologischen Faktoren auf beiden Seiten berücksichtigen.

2.4. Wirtschaftsmodelle der EU und Russland

Die Freihandelszone der Europäischen Union basiert auf einer Wirtschafts- und Gesellschaftskonzeption, die einerseits einen schwachen, wenig in die Wirtschaft eingreifenden Staat nebst einer rigiden Spar- und Fiskalpolitik vorsieht und andererseits den internationalen Finanzmarkt als Triebkraft der globalen Wirtschaft ansieht.

Russlands Führung hat in der Folge der desaströsen Wirtschaftspolitik der 1990er Jahre zusammen mit den etablierten russischen Wirtschaftsoligarchen eine staatlich kontrollierte und gelenkte Volkswirtschaft implementiert, um die russische Wirtschaft wieder zu stabilisieren und wettbewerbsfähig zu machen. Die Haupteinkommensquellen sind nach wie vor die Öl- und Gaswirtschaft, zusammen bringen sie ungefähr 50 Prozent des Staatshaushalts auf.

Russland sperrt sich seit Jahrzehnten gegen einen Umbau der heimischen Wirtschaft nach westlichen neoliberalen Kriterien, da eine neoliberale Wirtschaftsordnung sowohl dem Staat als auch den Oligarchen die Macht über die Wirtschaftspolitik entziehen, Staatsbetriebe privatisieren und gleichzeitig das Land für ausländische Finanzinvestoren weiter öffnen würde. Dies hätte zur Folge, dass Macht und Einfluss der Regierung und der Oligarchen in Russland sanken und ausländische Investoren mehr Einfluss gewännen, beziehungsweise Russland sich nach internationalen Regelwerken und Vereinbarungen, die die Finanzwirtschaft betreffen, richten müsste. Aus Sicht des Kremls wäre dies ein illegitimer Einfluss des Auslands beziehungsweise des Westens auf ihre Wirtschaft. Nachdem in den 1990er Jahren die komplette Öffnung der russischen Wirtschaft für den westlichen Kapitalismus Russland fast in den Ruin getrieben hätte, und das institutionelle Gefüge fehlte um die unrechtmäßige Bereicherung der Politiker und jetzigen Oligarchen zu verhindern, ist Russland sehr darauf bedacht, den ausländischen Einfluss auf die eigene Wirtschaft zu begrenzen und die Kontrolle nicht aus der Hand zu geben.

Gleichzeitig kann und will die russische Regierung aber nicht zulassen, dass ein Land aus der ehemaligen Sowjetunion besser lebt als es selbst, denn dies würde die angeblichen Erfolge der russischen Regierung massiv in Frage stellen. Zusätzlich könnte dieser Erfolg die Anziehungskraft eines Alternativmodells in den Augen der russischen Bürger und einiger Eliten enorm verstärken, was das aktuelle Regime in Russland wiederum als Existenzbedrohend wahrnehmen würde.

Aus Sicht Russlands bedeutet das EU-Assoziierungsabkommen mit der Ukraine kaum eine militärische Gefahr, aber das Abkommen schreibe durch die strengen Kriterien zum Umbau und zur Transformation der ukrainischen Wirtschaft und des ukrainischen Staates die zukünftige ukrainische



Wirtschaftspolitik praktisch nach wirtschaftsliberalen Prinzipien fest, die den europäischen Interessen entgegenkommen. Russland hätte auf lange Sicht die Möglichkeit verloren, über politischen und wirtschaftlichen Druck Einfluss auf die ukrainischen Eliten auszuüben. Für Russland bedeutet das Assoziierungsabkommen die Integration der Ukraine in die westliche Wirtschaftswelt, das heißt die Machtübernahme von internationalen Finanzinvestoren und EU-Institutionen über die ukrainische Wirtschaft. Nicht umsonst betreibt Russland wenig erfolgreiche Bemühungen, eine eigene Zollunion aufzubauen, die mit großen Vorteilen für die Mitgliedsländer vor allem für die Kreditvergabe aus Moskau einhergeht.

Nach dem Abschluss des Assoziierungsabkommens 2015 und durch die massive Kreditvergabe der EU und des IWF an die Ukraine ist genau das eingetreten, was Russland immer befürchtete.

Das Assoziierungsabkommen und die Kredite binden die Ukraine fest an den Westen. Gleichzeitig hat Russland mit seiner aggressiven Politik zur kompletten Erosion seiner Wirtschaftsbeziehungen mit der Ukraine selbst beigetragen: mit kriegerischen Handlungen, die unter anderem zur Zerstörung wichtiger wirtschaftlicher Infrastruktur geführt haben, und Sanktionen. Die Auflagen für die Vergabe von IWF-Krediten sind allerdings genau wie die des EU-Assoziierungsabkommens sehr streng. Eine eigene Wirtschaftspolitik ist somit kaum noch möglich für die Ukraine. Sollte die Ukraine sich langfristig gegen die Reformforderungen der EU und des IWF sperren, werden diese sie, genau wie es Russland tat, mit der Aufforderung von Kreditrückzahlungen beziehungsweise der Verweigerung von neuen Krediten unter Druck setzen. Eine Situation wie in Griechenland 2014 -2015, als das Land praktisch von der EU „erzogen“ wurde, ist somit möglich.

Russland hat daher seine Einflussmöglichkeit auf die Wirtschaftspolitik der Ukraine verloren. Eine Kehrtwende zu Russland ist nun kaum noch möglich, selbst wenn es die Ukraine so wollte.

Aus EU-Sicht ist die Situation allerdings nicht vergleichbar mit der Griechenlands, da es keine so große Bedeutung für die innere Stabilität der EU hat, wenn die ukrainische Wirtschaft noch mehr einbräche und das Land bankrottgehen würde. Allerdings wären in diesem Fall die Milliardenkredite aus der EU an die Ukraine komplett verloren.

3. Einen geopolitischen Konflikt zwischen den USA bzw. der NATO und Russland.

Es gibt 22 Länder, die sowohl der EU als auch der NATO angehören, und je sechs Länder, die entweder nur der EU oder nur der NATO angehören (zu letzteren gehören Kanada und die USA, die nicht in Europa liegen). Die Ost- und Südostweiterung der EU und der NATO nach dem Ende des Kalten Krieges verliefen weitgehend parallel, so dass auf dem Westbalkan und in einigen ehemaligen Sowjetrepubliken der Eindruck entstanden ist, dass ein Antrag auf die Mitgliedschaft in der NATO den Weg in die EU ebnet. Wegen der weiter bestehenden militärischen Konkurrenz der beiden



größten Nuklearmächte USA und Russland sah Russland dadurch aber seine geopolitischen Interessen berührt. Die Selbstdarstellung der NATO als transatlantische Wertegemeinschaft, mit der sie nach der Auflösung des Warschauer Paktes ihr Weiterbestehen rechtfertigte, wurde von Russland eher als Bedrohung denn als Friedensangebot aufgefasst, denn Russland wurde keine Mitgliedschaft in der neu definierten NATO angeboten (obwohl u.a. der ehemalige Bundesverteidigungsminister Volker Rühle dies mehrfach vorgeschlagen hat).

Mit der Aufnahme ehemaliger Satellitenstaaten in die NATO, EU oder in das Assoziierungsabkommen nahm Russland wiederholt seine eigenen Sicherheitsinteressen als verletzt wahr. Russland wiederum gesteht den postsowjetischen Staaten kaum eigene Sicherheitsinteressen zu, da es sie zu seiner eigenen Einflussphäre zählt. Nach geltendem Völkerrecht muss jeder souveräne Staat selbst über seine Partnerschaften und Abkommen mit anderen Staaten entscheiden können, ohne Einmischung von Drittstaaten.

Die EU nahm naiverweise (oder bewusst) an, dass vertiefte Wirtschaftsbeziehungen mit osteuropäischen Staaten das Sicherheitsinteresse Russland nicht betreffen würden, und versuchte die europäische Freihandelszone über die Grenzen der EU hinaus auszudehnen.

Dies wurde von Russland als extreme Einflussnahme auf die betroffenen Staaten gesehen und als eigener Macht- und Kontrollverlust begriffen. Viele westliche Meinungsmacher sehen Russlands Aktionen als eine direkte Bedrohung für ganz Europa und seine Werte.

Ein Ring von Pufferstaaten um Russland herum wird von russischen Sicherheitsexperten oft als das oberste Sicherheitsinteresse für Russland angeführt. Das Assoziierungsabkommen der EU mit der Ukraine wird von Russland anscheinend als Einverleibung der Ukraine in das westliche Wirtschafts- und Wertesystem gesehen Die Eingliederung der Ukraine in das westliche Sicherheitssystem könnte in Russlands Wahrnehmung der nächste Schritt sein.

Da die Revolution in der Ukraine einen Schritt in Richtung Westen bedeutet, sah Russland eine Destabilisierung der Ukraine als einzige Möglichkeit an, einen NATO- bzw. EU-Beitritt der Ukraine langfristig zu verhindern. Diese Politik wurde bereits im Fall von Georgien im August 2008 eingesetzt, als die NATO auf dem Gipfel von Bukarest im April 2008 beschloss, Ukraine und Georgien in die NATO aufzunehmen, aber nicht sofort¹⁰, sondern die Kandidaturen im Dezember erneut begutachten wollte. Russland nannte die eventuelle Aufnahme dieser beiden Länder einen „großen strategischen Fehler“¹¹. Sie widersprach eigentlich auch den Aufnahmekriterien der NATO, die weder eine Aufnahme von Ländern mit Militärstützpunkten Dritter (was für die Ukraine durch den russischen Flottenstützpunkt auf der Krim zutrif) noch von Ländern mit Sezessionskonflikten (Abchasien im Fall Georgiens) zulassen. Durch die Schaffung eines zweiten Konflikt-Territoriums (Südossetien) auf

¹⁰ http://www.summitbucharest.ro/en/doc_202.html

¹¹ <http://www.sueddeutsche.de/politik/gipfel-in-bukarest-nato-offen-fuer-georgien-und-ukraine-nur-nicht-jetzt-1.262408>



georgischem Boden rückte eine NATO-Mitgliedschaft in weite Ferne. Hier lassen sich geopolitische Spannungen über die „Zugehörigkeit“ dieser beiden großen Nachbarn ablesen. Das lässt befürchten, dass Russland den Konflikt so lange anheizen wird, bis es eine Versicherung des Westens gibt, die Ukraine nicht weiter in den Westen zu integrieren.

Durch die NATO-Osterweiterung trat die sicherheitspolitische Bedeutung der OSZE in den Hintergrund, auch wenn in den Neunziger Jahren einige wichtige Rüstungskontroll- und Verifikationsabkommen im OSZE-Rahmen abgeschlossen wurden. Ironischerweise war es dann ausgerechnet die OSZE, die in der eskalierenden Krise um die Annexion der Krim und den Krieg in der Ostukraine Gesprächskanäle offen halten und mit unbewaffneten Beobachtern in einem Konflikt, in dem alle Beteiligten Propagandalügen einsetzen, verlässliche Informationen liefern konnte. Die Mechanismen des NATO-Russland-Rates dagegen wurden nicht genutzt. Auch die vertrauensbildenden Maßnahmen, die im Rahmen der OSZE implementiert worden waren (Wiener Dokument, Vertrag über den Offenen Himmel), trugen entscheidend dazu bei, eine ungebremste Eskalation des Konfliktes zu verhindern.

Alle direkt und indirekt Beteiligten im Ukraine-Konflikt behandelten den Konflikt als Nullsummenspiel, d.h. sowohl die ukrainische Regierung als auch die Separatisten in Donezk und Luhansk und scheinbar auch die EU, die russische Regierung und die US-Regierung gingen davon aus, dass ein politischer Erfolg für die andere Seite zu ihren Lasten geht. Dabei heizten Feindseligkeiten nationalistischer, prowestlicher und prorussischer Bewegungen innerhalb der Ukraine den Konflikt immer wieder weiter an. Zu spät merkte wenigstens ein Teil der Konfliktparteien, dass es in einem hoch eskalierten Konflikt auch dazu kommen kann, dass alle Seiten Schaden erleiden: Die Krim erweist sich für Russland als hohe ökonomische und politische Belastung, und zwar unabhängig von der Wirkung der westlichen Sanktionen und der russischen Gegensanktionen. Der Krieg in der Ostukraine hat fast die Hälfte der dortigen Bevölkerung in die Flucht getrieben, die Ukraine muss mehr als eine Million Binnenvertriebene versorgen, Russland vermutlich knapp eine Million Flüchtlinge aus der Ukraine. Viele junge Leute verlassen die Ukraine ganz um anderswo zu lernen und zu leben. Große Teile der Bevölkerung in beiden Ländern leiden unter den direkten und indirekten wirtschaftlichen Folgen des Konfliktes.

Dass der russische Präsident, unter Nutzung nationalistischer Rhetorik, kurzfristig seine Umfragewerte steigern und damit die politische Opposition in Russland, gegen die er seit den Präsidentschaftswahlen 2011 mit verstärkter Repression vorgeht, weiter schwächen konnte, wird ihm mittelfristig ebenso wenig nutzen wie es den ukrainischen Machthabern nützen wird, dass sie die dringend notwendigen politischen und ökonomischen Reformen derzeit mit dem Verweis auf den Krieg in der Ostukraine auf die lange Bank schieben konnten.



Laut den Erfahrungen eines Autors wird das Konzept der Assoziierungsabkommen von bestimmten osteuropäischen Regierungen von Nicht-EU-Staaten als unattraktiv angesehen, da die Reformforderungen in keinem Verhältnis zu den Vorteilen stehen und die Staaten im Bereich der Fiskalpolitik, Budgetpolitik, Sicherheitspolitik, Konjunkturpolitik und vielen weiteren Bereichen einen Teil des Handlungsspielraum verlieren, weil sie Teile der europäischen Standards- und Regularien übernehmen müssten. Die ukrainischen Bürger, die sich davon Freiheit, wirtschaftlichen Aufschwung und ein funktionierendes Staatswesen versprechen, drängen allerdings in die EU.

VI. Die Rolle der USA

Für viele Beobachter spielen auch die Interessen der USA eine nicht zu unterschätzende Rolle im Konflikt.

Die USA als ideologisches, wirtschaftliches und militärisches Zentrum des Westens, wollen dies auch weiterhin bleiben. Der USA geht es deshalb hauptsächlich um Machterhalt und Machtausdehnung in einer multilateralen Staatenordnung. Dazu versucht sie, andere Länder des Westens in militärische Bündnisse und Wirtschaftsorganisationen aufzunehmen. Deswegen würden die USA die Bildung einer neuen, pro-westlichen Regierung in der Ukraine unterstützen.

Russland jedoch möchte unbedingt „auf Augenhöhe“ mit den USA behandelt werden, mit dem eigenen Recht, die Regeln anzupassen und zu beugen. (Ähnlich wie Russland auf der Krim sind auch den USA völkerrechtswidrige Militäreinsätze vorgeworfen worden, z.B. der Einmarsch in den Irak 2003.)

Oft hört man von russischen Analysten, dass die USA die Gas- und Ölindustrie und die neu entdeckten Reserven in der Region (z.B. im Schwarzen Meer vor der Küste der Krim) zu kontrollieren suchen oder zumindest deren Ausbeutung abhängig von amerikanischen Wirtschaftskreisen machen wollen.

All diese Punkte, wie sie hier dargestellt sind, sind direkt gegenläufig zur Auffassung und den Interessen Russlands.

Wirtschaftliche und politische Interessen der Europäischen Union wurden durch den Konflikt in der Ukraine laut manchen Stimmen von den USA manipuliert und behindert. Dabei wurden die personenbezogenen Sanktionen durch die starke Unterstützung der russischen Regierung von sanktionierten Politiker und Oligarchen teilweise unterminiert. Die sektoriellen Wirtschafts- und die Finanzsanktionen wiederum zeigten große Wirkung auf die Wirtschaft in Russland. Das Land engagiert sich entsprechend stark, um die Sanktionen aufheben zu lassen – ohne dabei aber die Situation in der Ukraine oder auf der Krim ändern zu wollen.



Die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Russland und Europa wurden durch die Sanktionen stark beeinträchtigt. 2014 ist allein in Deutschland der Export von Gütern nach Russland um 18 Prozent auf 29 Milliarden EUR gesunken. Es ist allerdings nicht ganz einfach, den Einfluss der Sanktionen von den durch den gesunkenen Ölpreis stark gesunkenen Erlösen aus dem Ölexport zu trennen.

Dabei hatten die Interessenverbände der in der EU ansässigen Unternehmen kein Interesse, die wirtschaftlichen Beziehungen zu Russland aufzugeben, da Russland seit Jahren als Absatzmarkt und Rohstofflieferant für Europa fungierte und hier große Synergien bestehen. Selbiges gilt auch für die Ukraine, bloß in wesentlich geringerem Umfang. Die Politik handelt momentan entgegen der Erwartungen der Industrie und auf gewisse Weise auch gegen die Mehrheit der Bürger, die sich Frieden wünschen.

VII. Die Rolle der Europäischen Union

Die Frage, ob Europa in der Lage ist, seine wichtigsten geostrategischen Interessen zu verteidigen, sollte auch gestellt werden.

Die EU hat ein vitales Interesse am Wohlergehen der Ukraine und an einer Befriedung der Konflikte. Die Nachbarländer der Ukraine werden von einer wirtschaftlich starken Ukraine profitieren. Auch weiter entfernte europäische Länder können von Export und Import profitieren. Dies trifft besonders auf Deutschland zu, da die sich in der Ukraine auftuende Chancen für einige Branchen der deutschen Wirtschaft attraktiv sind. (So könnte die Ukraine zum Beispiel für die Autoherstellung und andere technische Cluster ein attraktiver Standort sein, sagt die Deutsche Beratergruppe¹².)

Deutschland, als größte Volkswirtschaft Europas mit engen wirtschaftlichen Bindungen sowohl nach Russland als auch in die Ukraine und einer großen Bevölkerungszahl, die aus diesen Ländern stammt, spielt hier eine besondere Rolle. Dazu kommen die Erfahrung der Deutschen Teilung und des DDR-Regimes.

Ein Großteil der deutschen Bevölkerung wünscht sich nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs keinen Konflikt mit Russland. In Internetforen äußern deutsche Bürger ihre Befremdung über die Auftritte deutscher Politiker auf dem Maidan, weil dies als Einmischung in die inneren Angelegenheiten der Ukraine gesehen werden kann. Die ehemals gute Beziehung zu Russland konnte von den deutschen Politikern nicht ausreichend genutzt werden, um die dortige Regierung von ihrem aggressiven Kurs Kiew gegenüber abzubringen.

¹² <http://www.beratergruppe-ukraine.de/wordpress/wp-content/uploads/2014/06/Wirtschaftsausblick-Ukraine-03-20151.pdf>



Eine erfolgreiche Befriedung in der Ukraine – eine Lösung über den Status eines eingefrorenen Konflikts hinaus – könnte auch erlauben, andere eingefrorene Konflikte wie Transnistrien oder Bergkarabach anzugehen.

Es sollten also in der Ukraine Maßnahmen dahingehend ergriffen werden, die entstandenen Konflikte zu lösen, existierende strafrechtliche Vorwürfe befriedigend abschließend zu behandeln und vermögensrechtliche Auseinandersetzungen beizulegen. In den Verhandlungen im Normandie-Format versucht Deutschland, dazu beizutragen. Für die Zukunft und als Anerkennung früherer Fehleinschätzungen der innenpolitischen Lage in der Ukraine sollte sich Europa einen Verhaltenskodex für den Umgang mit innenpolitischen Konflikten in anderen Ländern überlegen.

Um übertriebene Hoffnungen auf die EU - und Deutschland als wichtiger impulsgebender Staat in der EU, dessen Kanzlerin einen aktiven Part in den Verhandlungen mit den Konfliktparteien übernommen hat – in Zukunft zu verhindern, sollte überlegt werden, ob und inwieweit Mitglieder der Kommission nicht nur den jeweiligen Regierungen der Aufnahmeländer Rede und Antwort stehen, sondern auch in der Öffentlichkeit wirken können (z. B. "Wir freuen uns, dass Ihr Europa so attraktiv findet. Wir können aber das Ende der Korruption morgen nicht garantieren. Es gibt zwar bewährte Konzepte, die Korruption zu bekämpfen. Sie werden aber nur erfolgreich sein, wenn sie mit ganzer Kraft und mit wesentlicher Beteiligung von Euch durchgeführt werden").

Die angewandten politischen Mittel (EU-Assoziierung vs. Eurasische Wirtschaftsunion, Kreditvergaben, die Frage nach Zugehörigkeit zur einen oder anderen Wertegemeinschaft...) scheinen in den Augen der Teilnehmer nicht geeignet, um diese Problematik zu lösen. In der Ukraine kommen trotz den demokratisch abgelaufenen Parlaments- und Präsidentschaftswahlen 2014 weiterbestehende innenpolitische Probleme und erratische, oft schwer definierbare Einflussversuche von außen zusammen. Allein sich einen Überblick für die Problemursachen und deren realen Einfluss zu verschaffen, ist äußerst schwierig. Deutschland spielt eine aktive Rolle in den Verhandlungen von Minsk, und Berlin ist ein Schwerpunkt der ukrainischen diplomatischen Bemühungen, langfristig wichtiger scheint in diesem Konflikt aber die Strahlkraft der EU zu sein. Es ist jedoch im Interesse aller Beteiligten, vor den Schwierigkeiten nichtzurückzuschrecken, sondern die Situation umfassend zu analysieren und daraus Handlungsoptionen zu entwickeln. Dieses Memorandum soll dazu einen Beitrag leisten.



NB: Das Ziel des vorliegenden Textes ist es nicht, eine wissenschaftliche Analyse zum Thema abzugeben oder spezifische Politikberatung durchzuführen, sondern die Meinungen und Ansätze der Bürger in Deutschland, die sich mit dem Thema beschäftigen, widerzuspiegeln.

Der Text gibt also ein direktes Bild des Verständnisses der Krise in der Ukraine durch die Autoren wider, dazu gehören auch deutschsprachige Teilnehmer mit russischem und ukrainischem Hintergrund. Das Memorandum entspricht dem Beutelsbacher Konsens, einem Grundsatz der politischen Bildung in Deutschland. Das heißt, alle in der Diskussion vorhandenen Meinungen haben Eingang in diesen abschließenden Text gefunden.